

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902

138 (23.5.1902) Badischer Landtag. Sitzungsbericht aus der Zweiten
Kammer. 86. öffentliche Sitzung

Badischer Landtag.

Sitzungsbericht aus der Zweiten Kammer.

86. öffentliche Sitzung

am Mittwoch, den 21. Mai 1902.

Am Regierungstisch: Minister des Innern Dr. Schenkel, Geh. Oberregierungsrat Dr. Krens, Oberregierungsrat Märklin und Regierungsrat Hafner.

Präsident Gönner eröffnet um 4¼ Uhr die Sitzung.

Nach Verlesung neuer Einläufe und einigen geschäftlichen Mittheilungen des Präsidenten (darunter Anzeige des Eingangs eines Gesetzesentwurfs die Steuererhebung im Monat Juni betr.) wird die Debatte über das Landwirtschaftsbudget fortgesetzt.

Abg. Vorderer: Die hohen, für die Landwirtschaft im Budget eingestellten Summen sind zu begrüßen. Das Darniederliegen der Landwirtschaft ist namentlich auf die hohen Arbeitslöhne und den Mangel an Arbeitskräften zurückzuführen. Redner legt ausführlich dar, daß die kleinen Landwirthe sich mehr auf Futter- und Handelsgewächse (Tabak, Hopfen- u.)-Bau verlegen sollten. Von den Getreidezöllen haben 94 Proz. unserer Landwirthe keinen Nutzen. Der Herr Abg. Witz hat gemeint, daß selbst ein Landwirth, der seinen eigenen Bedarf noch nicht decken kann, Nutzen an höheren Getreidezöllen hat. Das ist nicht richtig. Nutzen an höheren Getreidezöllen haben nur die Großgrundbesitzer. Höhere Gerste-, Hafer-, Tabak- und Hopfenzölle würde auch ich begrüßen. — Unsere jetzige Reichsbraunsteuerverordnung ermöglicht es unseren Landwirthen nicht mehr, ihre Kartoffeln in der früheren Weise gewinnbringend zu verwerthen. Man hätte bei dem Uebergang der Braunsteuerverordnung an das Reich früher die Interessen der Landwirtschaft besser wahren sollen.

Abg. Burkhardt: Die Großh. Regierung steht der Landwirtschaft sehr wohlwollend gegenüber. Mit der Bewilligung der Gelder kann man aber nicht Alles machen. Man sollte an den landwirtschaftlichen Schulen auch wirtschaftspolitischen Unterricht nach Bismarck'schem Muster ertheilen lassen, damit die jungen Landwirthe bei den Wahlen den richtigen Mann für ihre Interessen zu wählen wissen. Es wäre eine Anweisung zu wünschen, wie sie ihre Kenntnisse, in's Praktische übersehen können.

— Es ist eine unterländische Zuchtgenossenschaft gegründet worden. Junge Farren sollte man nicht alle aus dem Oberland einführen. Der Impfwang gegen die Rindertuberkulose würde nichts nützen. Die Viehzucht kann der Landwirtschaft nicht allein helfen. Der Bezirk Neßkirch mit der blühendsten Viehzucht im Lande ist der verschuldetste Bezirk des Landes! Wenn der Landwirth Futter zukaufen muß, dann rentirt sich die Viehzucht nicht. Die große Mehrzahl der Landwirthe hat von den Prämierungen u. keinen Nutzen, wohl aber von höheren Zöllen. Der Herr Abg. Eichhorn hat gesagt, seine Parteigenossen seien die richtigen Freunde der Landwirtschaft. Im Reichstag wurde darüber gesagt, die Sozialdemokratie sei die Freundin der Landwirtschaft, wie der Metzger der Freund der Kälber. Man kann den Bauern da nur zurufen: Nur die allergrößten Kälber... (Heiterkeit.) — Auch ich möchte über das Verhalten unserer Proviandämter gegenüber den Landwirthen Beschwerde führen. Redner trägt einzelne Fälle vor. — Der Regierung möchte ich den Rath ertheilen, daß sie unsern Bundesrathsbevollmächtigten dahin instruirte, daß er in der Zolltariffkommission nicht immer von „unannehmbar“ redet, daß er von diesem Wort vielmehr die erste Silbe streicht.

Abg. Gauß: Vor sechs bis acht Jahren habe ich bereits vor der Verwendung von künstlichem Dünger beim Tabakbau gewarnt. Wie Sie aus dem Bericht ersehen, haben auch alle Versuche mit künstlichem Dünger fehlgeschlagen. Ich richte an das ganze Land die Warnung, bei dem Tabakbau ja keinen künstlichen Dünger zu verwenden, da darunter das Renommé unseres badischen Tabaks leiden könnte.

Zur Abhilfe gegen die Leutenoth schlägt Redner die Prämierung von Dienstknechten, die fünf bis sechs Jahre bei demselben Landwirth gedient haben, vor. Er bittet die Großh. Regierung, diesen Vorschlag zu prüfen und in Erwägung zu ziehen. Der Herr Minister hat ja mitgetheilt, daß uns 20 000 M. für landwirtschaftliche Zwecke von der Rheinischen Kreditbank zur Verfügung gestellt worden sind.

Im Zusammenhang mit der Rheinregulirung würde ich auch eine Entwässerung des Matwaldgebiets wünschen.

Mit dem Abg. Neuwirth stimme ich darin überein, daß nicht so viele Sorten Gerste gebaut werden sollen, und mit dem Herrn Abg. Rampel darin, daß der künstliche Dünger beim Tabakbau weggelassen werden sollte. Mit dem Tabakmonopol bin ich dagegen nicht einverstanden. Ich meine, der Staat sollte überhaupt keine Monopolbetriebe haben.

Die Abgg. Pfefferle und Dr. Heimburger verzichten auf das Wort.

Abg. Greiff: Ich würde diesem Beispiel gern folgen. Ich muß aber noch Einiges über das Abkommen mit der Rheinischen Hypothekbank und die Forderung einer Landeskreditkasse sagen. Bereits bei der allgemeinen Finanzdebatte habe ich darauf hingewiesen, daß dieses Abkommen vom Jahr 1892 nicht mehr richtig funktioniert. Der Herr Berichterstatter hat nun am Samstag die Forderung nach einer Landeskreditkasse wiederholt und der Herr Minister hat ihm erwidert, es möge diese Forderung doch nicht mehr erscheinen, da unsere Sparkassen in Verbindung mit der Rheinischen Hypothekbank vollkommen in der Lage seien, das Kreditbedürfnis zu befriedigen. Ich will nun keinen Vorwurf gegen die Regierung erheben, gehöre auch nicht zu denen, die die Vortheile des Abkommens von 1892 nicht voll anerkennen. Die Zahlen, die der Herr Minister vorgetragen hat, bedürfen aber doch der Berichtigung. Nach einem Auszug aus den Jahresberichten, den ich mir gemacht habe, kann ich nicht finden, daß die Bank in den acht Jahren von 1892 bis 1900 wirklich 10 Millionen landwirtschaftlichen Kredit gewährt hat. Von dieser Summe muß ein beträchtlicher Theil vor das Jahr 1892 fallen. Vielleicht kann der Herr Berichterstatter, als Mitglied der Kommission zur Prüfung der eingegangenen Gesuche darüber Auskunft geben. In Gemeinden gewährte Darlehen dürfen nicht mitgerechnet werden. Möglicherweise erklärt sich die Differenz daraus. Die Rheinische Hypothekbank nimmt in ihrem Bericht selbst an, daß das ganze Darlehensbedürfnis im Lande sich zum Mindesten auf 300 Millionen Mark belaufe. Damit stimmt aber der Umfang des tatsächlich in den 10 Jahren gewährten landwirtschaftlichen Kredits sehr wenig überein. Es hätte mich sehr gefreut, wenn die Rheinische Hypothekbank sich in dem gegenwärtig dazu günstigen Augenblick entschlossen hätte, sämtliche Darlehen in niedrig verzinsliche Annuitätsdarlehen umzuwandeln. Das hätte ihren Aktionären wohl nur eine etwas niedrigere Dividende gebracht. Mit dem gegenwärtigen Zustand ist nicht ausreichend geholfen. Finanzminister Dr. Buchenberger sagt in seiner „Agrarpolitik“, daß die Hypothekbanken im Interesse ihrer Aktionäre zu handeln verpflichtet seien, die möglichst hohe Dividenden wünschen. Darauf könne die Hypothekbank nicht verzichten und dadurch erhalte die Forderung von staatlichen Kreditorganisationen ihre besondere Begründung. Mit dem besten Willen kann die Hypothekbank nicht alle Wünsche erfüllen. Diese Frage wird nicht mehr von der Bildfläche verschwinden, bis sie ihre richtige Lösung gefunden hat.

Die Errichtung einer Kreiswinterschule in Wiesloch hat sich bewährt. Besonders zu gedenken ist hier auch der Kreiswinterlehrer an diesen Schulen, deren Aufgabe eine doppelte ist: einerseits sind sie Leiter der Schule, und andererseits liegt ihnen die Belehrung der Landwirthe in den Versammlungen ob. Nothwendig ist, daß sie in die ihnen gebührende Stellung in sozialer und materieller Beziehung einrücken. Es wird oft nicht genügend gewürdigt, daß es sich um Leute handelt, die eine akademische Bildung hinter sich haben. Bei der Gehaltsstarifrevision wird auch dieser Stand berücksichtigt werden müssen.

In der Forderung der Pferdezuucht ist ein großer Fortschritt zu verzeichnen, leider aber nicht hinsichtlich der Halbblutzuucht. Ich bin weit entfernt, der Regierung daraus einen Vorwurf zu machen, weil ich die Schwierigkeiten wohl kenne, möchte vielmehr nur anregen, daß die Regierung vielleicht bei der Remontekommission eine kräftige Einwirkung in dieser Sache im Auge behält.

Abg. Dieterle: Die Kreditgenossenschaften empfinden es als großen Mißstand, daß sie 1. überhaupt zur Besteuerung beigezogen werden, daß sie 2. hierzu mit Geldern beigezogen werden, die sie nicht als ihr Vermögen betrachten können, und daß sie 3. unter sich in ungleichmäßiger Weise beigezogen werden. Was den ersten Anstand anlangt, erinnern sie daran, daß die Sparkassen wegen ihrer allgemein nützlichen volkswirtschaftlichen Zwecke steuerfrei sind. Die ländlichen Kreditvereine dienen solchen Zwecken in mindestens ebenso hohem Maße: sie sind Institutionen, die den finanziell Schwachen aufhelfen sollen. Oft sind auch mit ihnen Sparkassen verbunden, die denselben Zwecken dienen, wie die anderen Sparkassen. Zweitens aber werden die ländlichen Kreditvereine nicht nur mit ihrem Reservefond zur Besteuerung beigezogen, sondern auch mit den Stammanteilen, als ob sie Vermögen des Vereins wären, während sie doch Schulden des Vereins sind und in der Bilanz auch als Passiva aufgeführt zu werden pflegen! Die einzelnen Genossen müssen sie ja auch zahlen und wenn sie auch von Seiten der Genossenschaften versteuert werden, so haben wir eine Doppelbesteuerung. Ich bitte also die Regierung, darauf hinzuwirken, daß — falls die Kreditvereine nicht ganz steuerfrei gelassen werden sollten — doch wenigstens diese Doppelbesteuerung in Wegfall kommt. Schließlich ist die Veranlagung der Vereine unter sich nicht gleichmäßig. So bezahlt z. B. der Kreditverein Blankenloch bei einem Reservefond von 6635 M. 45 M. Steuer, während der Kreditverein Steinbach bei 35 000 M. Reservefond nur 41 M. 25 Pf. Steuer bezahlt. Oder, unter Zusammenahme von Reservefond und Genossenschaft, bezahlt der Kreditverein Bulaach 79 M. 50 Pf. Steuer bei einem Kapitalstock von 57 300 M., während der Kreditverein Sinsheim nur 77 M. 40 Pf. Steuer bezahlt bei einem Kapitalstock von 105 700 M. Ich weiß, daß seitens der Regierung hierüber nicht sofort definitive Aufklärung gegeben werden kann, ich bringe diese Thatsachen nur vor, um den Herrn Minister zu bitten, zu einer darauf bezüglichen Eingabe der Vorstände der beteiligten Vereine wohlwollende Stellung zu nehmen. Gerade im Blühen dieser Vereine erkenne ich eine der kräftigsten Stützen der Landwirtschaft selbst, und wer sie kräftigen hilft, vollbringt ein soziales Werk.

Bei dieser Gelegenheit sehe ich mich veranlaßt, auf eine frühere Aeußerung des Herrn Ministers über die volkswirtschaftliche Thätigkeit der katholischen Geistlichen zurückzukommen, die ein peinliches Befremden bei allen erregte, die sich dadurch betroffen fühlen mußten. Der Herr Minister wünschte damals, daß die katholischen Geistlichen ihre Zeit mehr der volkswirtschaftlichen Thätigkeit als der Politik widmen sollten. Mir ist unerschrocken, wie der Herr Minister zu diesem herben Urtheil kam, und ich könnte fragen: wo sind die anderen Beamtenkategorien, die in hervorragender Weise volkswirtschaftlich thätig sein sollten? Wenn man an die Juristen, Philologen u. s. w. diese Aufforderung richtete, so würden sie — mit Recht — sagen: das gehört nicht zu unserem eigentlichen Beruf! Und so ist das auch nicht der eigentliche Beruf der Geistlichen. Und doch sind die katholischen Geistlichen — ob die anderen auch, darüber bin ich nicht unterrichtet — in größter Zahl von jeher in

ganz hervorragender Weise volkswirtschaftlich thätig gewesen. Wir haben 270 ländliche Kreditvereine im Land, die dem Verband angehören und außerdem verschiedene freie Vereinigungen, 500 Konsum- und 832 Bauernvereine, ferner Winzer-, Zinker-, Raiffeisenvereine u. s. w. Diese Zahlen beweisen, daß unsere landwirtschaftliche Bevölkerung zur Selbsthilfe organisiert ist. Wer aber hat hauptsächlich dazu beigetragen, diese Organisationen hervorzuheben und die Bevölkerung genossenschaftlich zu schulen? Das sind neben anderen in hervorragender Weise die katholischen Geistlichen. Der erste Winzerverein zu Reichenau wurde von einem katholischen Geistlichen gegründet, und wenn der Herr Minister eine Enquête veranstalten würde nach den Männern, welche die Kredit- und Konsumvereine gegründet haben und leiten, so würde er staunen über die große Zahl katholischer Geistlicher, die ihm da genannt würden.

Im Budget sind 20 000 M. angefordert für Diäten und Reisekosten bei der Position „landwirtschaftliche Winterschulen“. Darunter sind wohl auch die Fälle zu rechnen, in denen die Landwirtschaftslehrer hinausgehen, um Kredit- und Konsumvereine zu gründen. Ich habe hiergegen selbstverständlich nichts einzuwenden, ich möchte nur hervorheben, daß eine große Anzahl von Geistlichen auch hinausgereist ist und noch hinausreist, um solche Vereine zu gründen, ohne daß sie sich ihre eigenen Auslagen decken ließen. — Wir finden so viele Anforderungen für Funktionen, die ein Beamter im Nebenamt versteht. Auch hiergegen wende ich nichts ein; ich muß nur bemerken, daß ein Revisor der ländlichen Kreditvereine mir sagte, er erkenne immer sofort, daß ein Geistlicher den Verein im Nebenamt leite, wenn kein Gehalt für den Vorstand ausgeworfen sei!

Die erste Anregung zur Gründung des Bauernvereins ging aus von unserem Kollegen Sennig, einem katholischen Geistlichen. — Was aber das nachgewordene Verständnis der Landwirthe für das Genossenschaftswesen betrifft, das der Herr Minister hervorhob, ist zu bemerken, daß in den Bauernvereinen das Eis des Mißtrauens zuerst schmolz, was in den Kreditvereinen immer noch nicht ganz geschah. Aber gerade in diesen Vereinen sind auch viele katholische Geistliche erfolgreich thätig. — Der Kollege Blümmel konnte rühmend, daß in einem Orte in einem Jahre viele tausend Zentner Obst bestellt wurden. Diese erfreuliche Thatfache ist aber mit eine Folge der unermüdbaren Thätigkeit des Geistlichen, der fortwährend inserierte, ausschrieb, andries, so daß selbst in Norddeutschland das Vorhandensein des Obstes bekannt wurde.

Für unsere landwirtschaftstreibende Bevölkerung ist jede Ersparniß Gewinn. Auf unseren Gymnasien und Universitäten finden wir aber 800 bis 900 Studierende, die von katholischen Geistlichen zum Eintritt in die 3., 4. oder gar 5. Klasse vorbereitet wurden. Welch' hohe Summe hierdurch unserer landwirtschaftstreibenden Bevölkerung erspart blieb zur Verwendung in der Landwirtschaft, erhellt daraus, wenn man auf den Kopf nur 700 M. rechnet: 4 bis 500 000 M. Und aus dieser Thätigkeit sind nicht nur Geistliche hervorgegangen, sondern auch Leute, die Aemter bekleiden bis zur höchsten Stufe, und denen oft ein Studium ohne die Hilfe des Geistlichen der Heimathgemeinde nicht möglich gewesen wäre. — Von der unentgeltlichen Leitung der Dienstboten-, Gesellenvereine u. s. w. will ich gar nicht reden, weil dies nicht mit der Landwirtschaft im Zusammenhang steht. Was ich vorbrachte, genügt schon, um die Ueberzeugung wachzurufen, daß jenes Urtheil gewiß zu weit ging.

Wenn der Geistliche aber Politik treibt, so thut er auch da nur ein verdienstvolles Werk in der heutigen Zeit. Wenn der Herr Minister an das auch hier zum Ausdruck gekommene Bestreben denkt, die Bauern für eine

bestimmte Richtung zu gewinnen, so wird er als Minister eines monarchischen Staates es nur begrüßen können, in der katholischen Geistlichkeit mit ein Bollwerk gegen jene Tendenzen zu finden.

Was ich hier vorgetragen habe, sagte ich alles sine ira et studio, weil ich mich hierzu verpflichtet fühlte zum Zwecke der Ehrenrettung der Geistlichkeit. Ich mache dem Herrn Minister wegen seines herben Urtheils keinen Vorwurf, er mußte es eben auf Berichten aufbauen, die ihm zutrafen, und wie diese Berichte oft zu Stande kommen, ist hinreichend bekannt. Ich glaube aber, wenn er besser informiert gewesen wäre, so hätte er gewiß ein milderer Urtheil gefällt.

Abg. Wacker verzichtet auf das Wort.

Abg. Eichhorn: Ich weise für meine Fraktion den Vorwurf zurück, sie verlängere durch Dauerreden die Debatte. Diesen Vorwurf erhob besonders der Abg. Wittum. Demgegenüber konstatire ich, daß in der Landwirtschaftsdebatte allein 13 Nationalliberale, 9 Angehörige des Centrums, 1 Sozialdemokrat und die Abgg. Mampel, Eder, Frhr. v. Stöckhorn und Burthardt sprachen. Da liegt, denke ich, keine Veranlassung vor, uns einen Vorwurf zu machen! Wir könnten noch einige Redner aufstellen, bis 50 Prozent von uns gesprochen hätten, wie bei den Nationalliberalen! Aber auch bei anderen Dingen sind wir die Zurückhaltenden, nur Sie stellen die Redner in Masse!

Der Abg. Zehnter hat mir die Legitimation, über Landwirtschaft zu reden, abgesprochen, da ich meine Zeit zwischen der „papierernen Redaktionsstube“ und den Volksversammlungen theile. Genau dieselbe Legitimation wie Sie (zum Abg. Zehnter gewendet) habe ich auch! (Zuruf des Abg. Zehnter: „Ich sagte, dieselbe Legitimation komme auch den Abgg. Blümmel und Mampel zu!“) Wer redet denn sonst noch alles über Landwirtschaft? Ist etwa mein Vorredner zur Sache mehr legitimirt? Den Sprößlingen der Pfarrhöfe kommt doch gewiß keine bessere Legitimation zu als mir! Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen wollten, daß hier nicht jeder Abgeordnete über alle Dinge reden darf, die auch nicht mit seinem Beruf in Zusammenhang stehen, dann hörte die allgemeine Volksvertretung auf, und wir hätten ein Berufsparlament. Aber die Volksvertretung hat mit Berufsvertretung nichts zu thun. Die Bemerkung des Abg. Zehnter war also recht deplazirt. Ich nehme mir das Recht, über Landwirtschaft zu reden, trotz dem Abg. Burthardt, der einen rechten Schlag ausgeführt zu haben meint, wenn er den Stier vorführt, der geimpft ist und doch hustet! Der Abg. Burthardt ist zum mindesten kein besserer Vertreter der Landwirtschaft als wir auch. Und wenn der Abg. Burthardt glaubt, daß auf die Landwirthe, die mich gewählt haben, das Wort von den „Kälbern“ paßt, dann meine ich, daß „Meggler“ vom Schläge Burthard's auch nicht von den klügsten Bauern gewählt wurden.

Sachlich ist nicht viel gegen mich vorgebracht worden, ich kann mich damit befriedigt erklären. Der Abg. Zehnter hat behauptet, das Gute an meinen Ausführungen sei nicht sozialdemokratisch, und das Sozialdemokratische sei nicht gut; er hat uns die Priorität für die von mir erhobenen Forderungen abgesprochen. Vom „Zukunftstaate“ zu sprechen, ist für Sie, Herr Kollege Zehnter, ein etwas gefährliches Gebiet, ein Kollege von Ihnen, Bachem, hat sich hierbei die Bezeichnung „Metschschmied“ geholt! (Zuruf des Abg. Wacker: „Ein solches Urtheil wird über Manchen abgegeben, ohne daß es berechtigt wäre!“) Wir haben diese Forderungen aufgestellt, lange bevor an eine Gründung der Centrumspartei zu denken war. Im Jahre 1864, bei Gründung unserer

Partei verhandelte man über die Landwirtschaftsfrage ausgiebig. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag von 1870 sprach mein Parteifreund Bebel über Landwirtschaft, und es wurde eine Resolution gefaßt, in der unter anderem die Forderung ausgesprochen wurde, es sei Pflicht des Staates, durch Errichtung entsprechender Bildungsanstalten die Kenntnisse der Landwirthe zu bereichern. Auch das geschah zu einer Zeit, in der es noch keine Reichscentrumpartei gab! — Bei den Worten des Abg. Zehnter merkt man — wie's im Spruche heißt — auch die Absicht und wird verstimmt. Nach außen soll der Eindruck erweckt werden, als sei die Sozialdemokratie die ärgste Feindin der Landwirtschaft. Sie sind stolz darauf, daß Ihre Bezirke für die Sozialdemokratie uneinnehmbar sind? Wozu dann dieses fortdauernde Bemühen, draußen den Leuten weiß zu machen, wir Sozialdemokraten seien ihre Feinde? Hier hat sich doch diese Feindschaft noch nie bethätigt! Wir stimmen immer für das landwirtschaftliche Budget, wir bieten besonders für die kleinen Landwirthe alles auf, um ihnen zu helfen. Auch haben wir im Jahre 1898 darauf besonders hingewiesen, daß eine Ausnützung der Torflager mit Hilfe der Regierung sehr geeignet sei, die ewige Streunoth zu beseitigen. Und als es sich um die Hofgüter handelte, hat der Abg. Geß besondere Mißstände hervorgehoben bezüglich der Kreditverhältnisse in bestimmter Landesgegend. Auf Grund dieser Beschwerden sind auch da und dort die Mißstände abgestellt worden. Hätte der Abg. Zehnter das alles überlegt, so hätte er nicht zu seiner Bemerkung kommen können. Man liest eben aus allem das Bestreben, uns nach außen zu diskreditiren. Wir werden aber die Gelegenheit benützen, den Landwirthen zu sagen, wie die Dinge wirklich liegen, und die Thätigkeit der Geisllichen in der politischen Bewegung wird uns nicht im geringsten hindern. Der Abg. Dieterle hat darauf hingewiesen, daß die Geisllichen hinausgehen in die Volksversammlungen, um die Bauern zu schützen vor der Sozialdemokratie. Gegen eine politische Thätigkeit der Geisllichen in Volksversammlungen habe ich nichts einzuwenden, wenn sie nur ehrlich ist. Aber wir haben auch andere Beispiele, wie den Kaplan von Malsch! (Zuruf des Abg. Wader: „Das ist eine Unverschämtheit!“)

Präsident Günner: Es ist nicht zu billigen, daß mit solchen Worten von Geisllichen gesprochen wird, wie der Redner gethan, es ist aber auch nicht zulässig, gegen ein Mitglied dieses Hauses einen Ausdruck zu gebrauchen, wie es von Seiten des Abg. Wader geschah.

Abg. Eichhorn (fortfahrend): Der Herr Präsident hätte sich den Ordnungsruf an den Abg. Wader sparen können, der Abg. Wader kann mich nicht beleidigen!

Präsident Günner: Ich verweise dem Abg. Eichhorn diese Worte!

Abg. Eichhorn (fortfahrend): In unseren Versammlungen werden die Geisllichen stets Zutritt haben. Ob nun die Bauern Ihnen (zum Centrum gewandt) speziell deswegen anhängen, weil Sie monarchisch gesinnt sind, das ist noch die Frage. Es gab Zeiten, in denen das Centrum gar nicht so sehr monarchisch gesinnt war! (Widerspruch beim Centrum.) Ich erinnere Sie nur an die bekannte Omerproklamation des Großherzogs!

Präsident Günner: Wenn wir weiter so fortfahren, so kommen wir auf eine allgemeine politische Debatte. Schon der Abg. Dieterle ist von dem Verhandlungsgegenstand abgescweifft, so daß ich beinahe veranlaßt gewesen wäre, einzugreifen. Ich ersuche den Redner, näher ans Thema zu kommen.

Abg. Eichhorn: Ich kann nicht anders reden, ich weise mir Angriffe zurück.

Präsident Günner: Ich habe nicht beanstandet, daß auf Angriffe geantwortet wird, aber man kann in der Art der Abwehr zu weit gehen!

Abg. Eichhorn (fortfahrend): Der Abg. Zehnter hat einen Artikel des „Volksfreund“ beanstandet, in dem mit Bezug auf die Landwirtschaftsdebatte dieses hohen Hauses von „Strohähre“ die Rede ist. Ich gebe zu, daß die Notiz in dieser Form auch von uns nicht gebilligt wird. Der „Volksfreund“ unterließ vor allem, zu begründen, warum ihm diese Rederei zuwider ist, er unterließ auch, darauf hinzuweisen, welche Ausführungen er meine. Wenn hier von Abgeordneten, die Landwirthe sind, halbe Stunden, ja Stunden lang davon geredet wird, ob künstlicher Dünger, Torfstreu oder natürlicher Dünger besser oder elastischer sei, ob man pfälzische Reben am Besten mit elsässischer Propfe, ob irgend welche landwirtschaftliche Spezialfragen besser so oder so gelöst werden, so ist das eben eine Debatte, die in eine landwirtschaftliche Versammlung paßt, aber nicht in ein Parlament, wo man über die Lage der Landwirtschaft im allgemeinen reden soll. Wenn wir es gleich machen wollten bei den Arbeitern, wenn wir über diese oder jene Spezialthätigkeit oder über die mehr oder minder bedeutende Gefahr eines Betriebs für die Sicherheit des Arbeiters hier reden wollten, dann würden Sie auch uns mit Recht vorhalten: das gehört in eine Fachversammlung, aber nicht in ein Parlament! Diese Begründung unterließ das sozialdemokratische Blatt, wenn sie dabei gestanden hätte, so hätte wohl auch der Abg. Zehnter den Vorwurf nicht erhoben. Der Abg. Zehrenbach hat übrigens in der Begründung seines Schlußantrags dem zugestimmt, was der „Volksfreund“ sagt. Auch ein Centrumsblatt, der „Badische Landmann“, redet mit Bezug auf unsere Verhandlungen von „Stroh“ mit dem die Landwirthe weder düngen, noch ihre Schulden bezahlen können! Der Abg. Himmel darf gegen eine solche Zeitungsbemerkung nicht so empfindlich sein! Ich nehme es auch dem „Landmann“ nicht übel, wenn er noch viel schärfer als der „Volksfreund“ die einzelnen Redner kritisiert. Was der Abg. Zehnter beim „Volksfreund“ tadelte, das Gleiche thut der „Landmann“ auch, er geht sogar fast zu weit — für mein Gefühl — wenn er uns auch noch die Diäten nachrechnet! Der Herr Abg. Zehnter wird also gut daran thun, die eigene Presse sich zuerst anzusehen! Die Presse soll von uns am allerwenigsten eingekengt werden, und ich habe, so viel auch auf uns losgehaut wurde, nie mich veranlaßt gesehen, mich dagegen zu vermahnen. Da aber nun einmal von Angriffen die Rede ist, will ich den Abg. Zehnter bitten, in seiner Parteipresse sich etwas näher umzuthun und seine eigene Presse auf ein anständigeres Niveau zu heben. Von keiner Presse wird so sehr mit Verleumdungen gearbeitet, wie von der Ihrigen, und zwar gerade von derjenigen, die durch Kapläne geleitet wird. Bei anderer Gelegenheit werde ich wieder darauf zurückkommen!

Präsident Günner: Es ist wiederum ein Schlußantrag eingekommen, unterzeichnet von den Abgg. Zehrenbach, Dreßbach und Hauser.

Abg. Wader: Bei der diesem Antrag vorausgegangenen Aussprache habe ich versprochen, daß, wenn von keiner Seite Widerspruch erhoben werde, ich dies auch nicht thun werde. Man wird mir zugeben, daß die letzten Provokationen des Abg. Eichhorn sehr hart waren; gleichwohl aber will ich nicht gegen den Schlußantrag stimmen, namentlich weil er angekündigt hat, er werde bei Gelegenheit sich wieder ähnlich äußern. Ich sehe aber der Ausführung der Ankündigung des Abg. Eichhorn mit größter Gemüthsruhe entgegen und erwarte sie. (Zuruf des Abg. Eichhorn: „Die kommt!“)

E O T L B. 18-00 be ter ten 89

Hierauf wird der Schlußantrag angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen:

Abg. Zehner: Der Abg. Eichhorn hat eine Äußerung von mir objektiv unrichtig wiedergegeben. Ich habe ihm nicht die Legitimation zur Teilnahme an der Debatte abgesprochen. Es soll mir nie in den Sinn kommen, ein solches Recht der Abgeordneten zu beschränken. Ich wies nur darauf hin, daß im „Volksfreund“ den Abgg. Blümmel und Mampel in wenig respektabler Weise die Befähigung und das Recht abgesprochen wurde, an der Debatte teilzunehmen. Da meinte ich: so gut wie dem Abg. Eichhorn, der seine Tätigkeit zwischen der papiernen Redaktionsstube und der Volksversammlung theilt, ebenso gut siehe auch dem praktischen Landwirth Mampel und dem Abg. Blümmel, der auf dem Lande geboren ist, das Recht zu, über Landwirtschaft zu reden.

Abg. Fehrenbach: Der Abg. Eichhorn hat meine Ausführungen vom letzten Samstag in Parallele gesetzt mit den Auslassungen des „Volksfreund“. Sachlich habe ich von jenen Worten nichts zurückzunehmen. Auch für den Parlamentarier zeigt sich in einer gewissen Beschränkung der Meister. Ich glaube aber, meine Bemerkungen in vornehmerer, nicht verletzend Form vorgebracht zu haben, so daß ich hoffe, der Gefahr entgangen zu sein, mit dem „Volksfreund“ in Parallele gesetzt zu werden. Das will ich noch bemerken: unter den Reden, von denen ich sprach, hatte ich ganz besonders auch die Reden der Sozialdemokraten im Auge.

Abg. Schüler führt als Berichterstatter im Schlußwort aus: Eine Vorlage über Erhöhung der Einquartierungsentschädigung ist in Aussicht gestellt worden für den nächsten Landtag. Das ist zu begrüßen. Nicht ganz einverstanden bin ich mit dem Herrn Minister, wenn er gemeint hat, der Flurschaden werde ja immer ersetzt. Es ist oft schwer, für die Verwüstung einen entsprechenden Ersatz zu erhalten.

Meinen Standpunkt gegenüber dem „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ habe ich bereits dadurch zum Ausdruck gebracht, daß ich dafür gesprochen habe und dafür stimmen werde. Dem Herrn Abg. Dreher möchte ich erwidern, daß wir mit 25 000 Mark unser Bauernvereinsblatt allerdings nicht auch an die einzelnen Mitglieder versenden können. Wir überlassen die Zustellung an die einzelnen Mitglieder dem Vorstand des Ortsvereins, dem wir die Exemplare als Paket zusenden.

Mit dem, was über die Molkereien gesagt worden ist, bin ich einverstanden. Unrichtig ist es allerdings, alles auf einen Punkt konzentriren zu wollen. Ein mittlerer Weg ist auch hier der einzig richtige, wie der Herr Minister mit Recht betont hat.

Auf das verbotene Gebiet des Zolltarifs, das der Herr Kollege Vorderer behandelt hat, will ich nicht näher eingehen. Der Herr Abg. Dr. Binz, gegen den er sich wendete, hat bei der Zolltarifdebatte ausgeführt, daß auch der kleine Landwirth recht froh sein werde, wenn er seine wenigen Produkte nutzbringend verkaufen kann. Der Herr Abg. Vorderer steht mit seinem Standpunkt wohl unter uns Landwirthen in diesem Hause allein, und ich weiß nicht, ob er lediglich als Landwirth — ohne Rücksicht auf seine Parteizugehörigkeit — nicht anders gesprochen hätte. Was er über das Branntweinsteuergesetz gesagt hat, war theilweise richtig. Die Vollzugsbestimmungen desselben waren sehr lästig. Sie sind aber abgeändert worden und mit diesen neuen Bestimmungen kann man wohl zufrieden sein. Thatsache ist, daß der badische Staat dabei ein sehr gutes Geschäft gemacht hat. Eine Kalamität ist es allerdings, daß wir unsere guten, selbst gebrannten

Produkte auch zu billigen Preisen nicht mehr losbringen können. Auch noch ein anderer Punkt ist hier zu erwähnen, auf den der Herr Kollege Geppert hingewiesen hat, die Fälschung des Kirschwassers, die den Abfaß des echten schädigt.

Die Warnung des Herrn Kollegen Gauß vor der Verwendung künstlichen Düngers beim Tabakbau ist vollständig berechtigt, und ich kann bestätigen, daß er schon vor Jahren darauf hingewiesen hat. — Seinen Antrag, Dienstbotenprämien für das landwirthschaftliche Gesinde einzuführen, möchte ich noch dahin erweitern, daß auch den Söhnen, die nach der Militärzeit in das elterliche Haus zurückkehren, um dort noch einige Jahre mitzuarbeiten, solche Prämien gewährt werden.

Der Herr Minister hat gemeint, ich hätte die Förderung der Landestreditkasse nicht mit der früheren Energie vertreten. Weil ich den jetzigen Zeitpunkt einer finanziellen Depression nicht für geeignet halte, habe ich diese Förderung allerdings nur in „empfehlende Erinnerung“ gebracht. Herr Abg. Greiff hat ausgeführt, daß auf diesem Gebiet doch noch Vieles gebessert werden könnte. Ich kann dem nur aus eigener Erfahrung zustimmen. Für den Personalkredit ist genügend gesorgt, nicht so für den Realkredit. Bedauerlicher Weise wird von der durch das Abkommen von 1892 gewährten Vergünstigung nicht so zahlreich Gebrauch gemacht, wie es zu wünschen wäre. Die Kommission, deren Mitglied ich bin, hat nur die von der Rheinischen Hypothekbank beanstandeten Kapitalwünsche zu prüfen und, wenn unberechtigte Beanstandungen erfolgt sind, Anzeige zu machen. Sie konnte aber bisher in keinem Fall eine Aenderung befürworten, mußte vielmehr die Beanstandungen der Hypothekbank immer als berechtigt anerkennen. — Mit der ungleichen Besteuerung der ländlichen Kreditkassen hat sich auch der Verbandsvorstand der Kreditgenossenschaften beschäftigt und beschlossen, deswegen zunächst beim Finanzminister vorstellig zu werden.

Zum Schluß wendet sich Redner gegen den Abg. Eichhorn: Herr Abg. Eichhorn hat darauf hingewiesen, daß ja seine Partei immer für das Landwirtschaftsbudget gestimmt habe. Auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitage waren aber auch verschiedene Redner nicht einverstanden mit der Budgetbewilligung der badischen Sozialdemokraten. Richtig ist, daß die sozialdemokratische Partei ihr Programm schon mehrfach den heutigen Anforderungen angepaßt hat. Redner wiederholt, daß die große Masse der landwirthschaftlichen Bevölkerung monarchisch und christgläubig gesinnt sei. Damit ist eine Kluft gegeben, die sie von der Sozialdemokratie trennt, die sich nicht überbrücken läßt. Der Herr Abg. Eichhorn hat gemeint, die Ausführungen über künstlichen Dünger zc. gehörten nicht in eine parlamentarische Verhandlung. Nun wird aber immer gesagt, die Landwirtschaft sei rückständig. Wo sollen denn diese wichtigen Fragen des landwirthschaftlichen Fortschritts besprochen werden, wenn nicht hier? Unsere Landwirthe im Hause wissen ihre Wünsche verständlich, wenn vielleicht auch nicht immer stülgerecht, vorzubringen. Dazueredner sind sie nicht. Wenn diese Landwirtschaftsdebatte in diesen Saal nicht mehr passen soll, dann paßt manches, was bei anderen Debatten gesagt wurde, nach meinem Gefühl auch nicht hierher. — Von keiner Seite ist gegen irgend eine Position des Landwirtschaftsbudgets Widerspruch erhoben worden. Ich darf also wohl jetzt schon dafür danken, daß Sie für alle Forderungen stimmen werden.

Hierauf wird in die Spezialdebatte eingetreten.

§§ 1 bis 14 des Ausgabebetitels XVI werden genehmigt.

Zu § 15 (Ackerbauschule Hochburg) dankt Abg. Straß der Regierung für die angeforderten baulichen Herstellungen und bittet, in dem nächsten Budget auch an eine Renovation der Schweineställe zu denken.

§§ 15—26 werden genehmigt.

Zu § 27:

Abg. Dr. Heimburger wünscht, daß den Käusern aus dem Unterland, die im Gebiet der mittelbadischen Zuchtgenossenschaft eintausen, dieselben Vergünstigungen gewährt werden, wie beim Einkauf im Oberland. Das ist für die Zeit in Aussicht gestellt worden, wenn diese Zuchtgenossenschaft entsprechende Fortschritte gemacht haben würde. Das ist in der Zwischenzeit wohl geschehen. Die Erfüllung dieses Wunsches wäre für die mittelbadischen Züchter natürlich von großem Vortheil und ich möchte die Regierung deshalb darum bitten.

Geh. Oberregierungsrath Dr. Krems stellt in Aussicht, daß dem Wunsche des Vorredners unter den auch im

Kommissionsbericht dargelegten Voraussetzungen Rechnung getragen werden wird. — Dem von dem Abg. Straß geäußerten Wunsche gegenüber bemerkt Redner, daß im nächsten Budget eine Anforderung für die Schweineställe auf der Ackerbauschule Hochburg vorgesehen werden soll.

§ 27 bis 40 des ordentlichen, § 1 des außerordentlichen Etats werden angenommen.

Zu § 2 (Unterstützung des landwirthschaftlichen AusstellungsweSENS) erludt

Abg. Vorderer die Regierung, zu erwägen, ob ein Ausschluß der Gemeindefarren von der Prämierung nicht zweckmäßiger wäre, da die Gemeinden ein geringeres Interesse daran hätten, 50 oder 100 M. Prämie zu bekommen, als ein Landwirth.

§ 2 bis 5 des außerordentlichen Etats, weiter Titel VIII der Einnahmen des Budgets des Ministeriums des Innern werden angenommen und sodann die Sitzung um 1/47 Uhr geschlossen.